

Eine Geschichte, die aufgeklärt werden muß. Dieser Tage hat in der Wiener Bädergenossenschaft eine Versammlung von Staatsangestellten aller Dienstzweige stattgefunden. Eingeladen waren dazu jene Staatsangestellten, die zur Angelobung nicht zugelassen wurden. Ein Postunterbeamter Namens Sidlo leitete die Versammlung. Der christlichsoziale Gemeinderat Doppler soll über die Schritte berichtet haben, die unternommen wurden, daß die betreffenden Verfügungen, „welche mehrere tausend Staatsangestellte bedrohen, die vielfach schon über 25 Jahre dem alten Staate treu gedient haben“, zurückgenommen werden. Er erzählte auch, daß die christlichsoziale Partei bereits Schritte unternommen hat, und zwar soll Bürgermeister Dr. Weiskirchner beim Staatssekretär für Handel Dr. Urban, beim Staatssekretär für innere Angelegenheiten Dr. Mataja und beim Präsidenten Seiz Schritte unternommen haben. Seiz soll erklärt haben, daß die Verfügung unbedingt aufgehoben werden müsse. Was geht da vor? So viel wir wissen, wurden nur jene Staatsangestellten des ehemaligen österreichischen Staates zur Angelobung nicht zugelassen, die nicht deutscher Nationalität sind. Man versucht mit Recht, die tschechischen, polnischen und anderen Staatsangestellten zu entfernen, da sie ja für rein slavische Angelegenheiten in Wien Dienst taten, und weil ihre Stellen freigemacht werden müssen, um zahlreiche deutsche Staatsangestellte unterzubringen. Und da soll ein Gemeinderat von Wien mit Hilfe des Bürgermeisters Schritte unternommen haben, damit wir die slavischen Beamten weiter behalten, damit der Staatshaushalt weiter mit den für diese Beamten notwendigen Gehaltsauslagen belastet bleibt und deutsche Anwärter nicht unterkommen können? Die Geschichte bedarf dringend der Aufklärung.